

Malaysia Airlines ist pleite

Massenentlassungen nach zwei Katastrophen im Jahr 2014

KUALA LUMPUR (dpa). Die nach zwei Flugzeugkatastrophen angeschlagene Fluggesellschaft Malaysia Airlines steht vor der Pleite und hat Tausenden Mitarbeitern gekündigt. „Wir sind praktisch pleite“, sagte der deutsche Airline-Chef Christoph Müller in Kuala Lumpur. „Ich bin betrübt darüber, dass wir uns von 6000 Menschen trennen müssen“, sagte der Manager und dankte allen Beschäftigten für ihre „enormen Dienste“. Der Niedergang habe bereits vor den beiden schweren Flugzeugunglücken 2014 mit Hunderten Toten begonnen.

Allen 20 000 Beschäftigten von Malaysia Airlines sei gekündigt worden, sagte Müller. 14 000 hätten jedoch ein Angebot für eine Weiterbeschäftigung beim Neustart des Unternehmens erhalten. Die Mitarbeiter sollten demnach innerhalb von zwölf Tagen entscheiden, ob sie in dem Unternehmen bleiben wollen. Müller, der im Mai den Chefposten bei Malaysia Airlines übernommen hatte, soll das asiatische Unternehmen aus der Krise holen. Er wolle zunächst Verträge neu verhandeln, das Personal straffer organisieren und Verlustquellen stopfen. Nach Müllers Schätzungen wird die Fluggesellschaft ihre Verluste bis 2018 ausgleichen.

Im März 2014 verschwand Flug MH370 auf dem Weg von Kuala Lumpur nach Peking spurlos. Im Juli desselben Jahres stürzte Flug MH17 von Amsterdam nach Kuala Lumpur über dem Kriegsgebiet Ostukraine ab, vermutlich nach Raketenbeschuss. Insgesamt kamen 537 Menschen ums Leben.

KURZ GEMELDET

Der Tarif liegt im Trend

2014 hat bundesweit jeder zweite Beschäftigte in einem Betrieb mit Branchentarifvertrag gearbeitet. Im Vergleich zu 2013 erhöhte sich ihr Anteil um ein Prozent, wie das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) mitteilte. 1996 waren aber noch 70 Prozent der Beschäftigten in West- und 56 Prozent in Ostdeutschland in branchentarifgebundenen Betrieben angestellt. Heute sind es 53 beziehungsweise 36 Prozent. Laut IAB profitierte aber auch rund die Hälfte der nicht tariflich Beschäftigten 2014 von den Branchentarifverträgen: Ihre Betriebe orientieren sich daran. **AFP/BZ**

Südwest-Industrie läuft

Die Industrie in Baden-Württemberg hat in den ersten vier Monaten 2015 ihre Umsätze erneut dank eines starken Auslandsgeschäfts gesteigert. Um Sondereinflüsse bereinigt stiegen die Erlöse laut Statistischem Landesamt um fünf Prozent im Vorjahresvergleich. **dpa**

Preise ziehen leicht an

Die Verbraucherpreise haben im vierten Monat in Folge leicht angezogen. Die Teuerungsrate kletterte im Mai nach einer ersten Schätzung des Statistischen Bundesamtes auf 0,7 Prozent. **dpa**

Daimler vor Schlappe

Im Streit um eine Rabattaktion droht der Taxi-Bestell-App Mytaxi eine Niederlage vor Gericht. Nach vorläufiger Rechtsauffassung sei die Rabattaktion wohl wettbewerbswidrig, so die Richter am Landgericht Stuttgart. Ein Urteil soll am 15. Juni fallen. Die nun zum Daimler-Konzern gehörende Mytaxi hatte Mitte Mai in Deutschland mit Rabatten von bis zu 50 Prozent für Fahrten geworben, die über die App vermittelt wurden. Dagegen wehren sich Stuttgarter Taxifahrer. **dpa**

Klimasünder wollen zahlen

Überraschung bei den Klimaverhandlungen in Bonn – Sechs Ölmultis sind für höhere Steuern

VON UNSEREM MITARBEITER
CHRISTIAN MIHATSCH

BONN. Es kommt selten vor, dass Unternehmen darum bitten, stärker zur Kasse gebeten zu werden. Doch dies haben nun sechs Energiekonzerne getan. Sie bieten der UNO an, bei der Einführung eines Preises für den Ausstoß klimaschädigenden Kohlendioxids (CO₂) mitzuhelfen. Warum tun sie das?

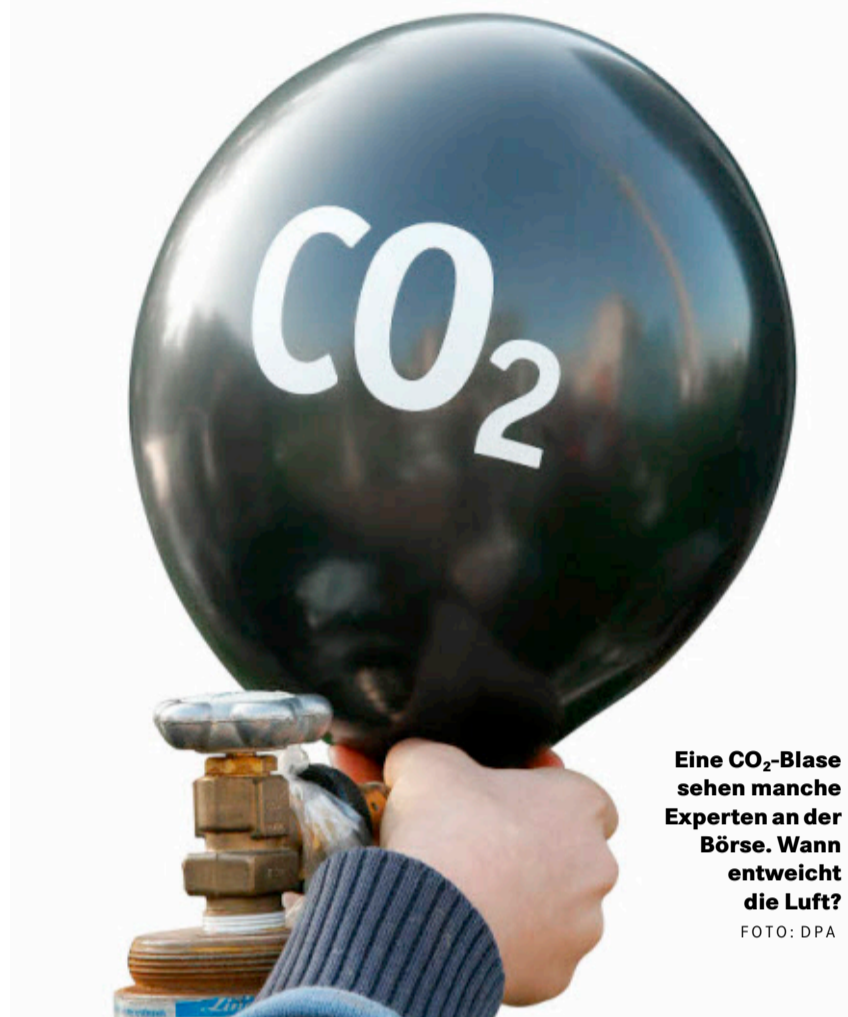
In Bonn hat am Montag eine neue Runde der UN-Klimaverhandlungen begonnen. Am Tisch sitzen die Vertreter von gut 200 Ländern. Gern dabei gewesen wären sechs europäische Energiekonzerne. Deren Chefs haben der Chefin des UN-Klimasekretariats, Christina Figueres, einen Brief geschrieben, der der Tageszeitung *Financial Times* vorliegt. In diesem Brief bitten sie um „einen direkten Dialog mit der UNO und willigen Regierungen“.

Dies ist erstaunlich, da die Konzerne gleich wie Umweltorganisationen, Gewerkschaften oder Kirchen problemlos als Beobachter bei den Verhandlungen zugelassen werden und deren Chefs bei ihren Regierungen oder bei Figueres wohl auch einen Gesprächstermin bekommen könnten. Aus Sicht von Alix Mazouni von der Umweltorganisation RAC ist der Brief der Konzernlenker denn auch ein Zeichen: „Sie haben Panik.“

Die sechs Konzerne sind Shell (Holland), BP (England), Total (Frankreich), Statoil (Norwegen), Eni (Italien) und BG (England). Die Multis haben ein konkretes Anliegen: „Wir haben großes Interesse an der Schaffung eines funktionierenden Ansatzes, um CO₂-Emissionen mit einem Preis zu versehen, und können dazu wichtige Beiträge liefern.“

Ein solcher Preis würde die Kosten der Unternehmen erhöhen, zum Beispiel, indem CO₂-Emissionen besteuert werden oder – wie in Europa – ein Handel mit Verschmutzungsrechten etabliert würde. Gleichzeitig würde ein Preis für den Ausstoß von Klimagasen allerdings auch für gleiche Wettbewerbsbedingungen sorgen und mehr Klarheit für Investitionen schaffen, sagen die Multis.

Die Firmen geben damit zu, dass sie nicht mehr genau wissen, wo sie wie viel investieren sollen. Grund dafür ist die Diskussion über eine CO₂-Blase. Wenn



Eine CO₂-Blase sehen manche Experten an der Börse. Wann entweicht die Luft?
FOTO: DPA

die Klimaerwärmung auf zwei Grad im Jahresmittel begrenzt werden soll, müssen rund 80 Prozent der bekannten Kohle-, Öl- und Gasvorkommen im Boden bleiben, wie die Umweltorganisation Carbon Tracker ausgerechnet hat. Das Problem: Dass diese Reserven angezapft werden, ist in den Aktienkursen der Energiemultis eingepreist. Wenn die Länder jedoch eine wirksame Klimapolitik vereinbaren, könnten diese Reserven und die Förderanlagen wertlos werden. Aus der Blase entweicht die Luft, die Aktienkurse der Energiemultis sinken.

Dabei geht es um große Summen. Die Konzerne investieren pro Jahr knapp eine Billion Dollar, schätzt die Internationale Energieagentur IEA. Wenn die Investitionen mehrerer Jahre abgeschrieben werden müssen, dann könnte dadurch das

Weltfinanzsystem ins Wanken kommen. Aus diesem Grund haben die Bank von England und die 20 wichtigsten Wirtschaftsnationen (G20) bereits Studien zur CO₂-Blase in Auftrag gegeben. Auch die Bundesregierung plant eine solche Studie, um zu klären, „ob Risiken aus dem Engagement in fossile Energieträger richtig bewertet sind und inwieweit hieraus Finanzstabilitätsrisiken resultieren“.

Der Wunsch nach einem Preis für CO₂ ausgerechnet aus der Wirtschaft ist nicht selbstlos. Sie will Turbulenzen der Aktienkurse verhindern. Und die Konzerne verweisen in ihrem Brief darauf, dass mit einer Umstellung der Energieversorgung von Kohle zu Gas viele Emissionen eingespart werden könnten. Davon würden die sechs Konzerne profitieren, da sie viel Gas und wenig Kohle fördern.

Facebook soll grenzenlos frei bleiben

Monopolkommission: Schranken für Internetkonzerne unnötig / Wirtschaftsminister widerspricht

VON UNSEREM KORRESPONDENTEN
ROLAND PICHLER

BERLIN. Die Monopolkommission, die den Bundeswirtschaftsminister in Fragen des Wettbewerbsrechts berät, hat davor gewarnt, die digitale Wirtschaft zu stark zu reglementieren. Mit Blick auf die Geschäftspraktiken von Internetkonzernen wie Google und Facebook werde oft reflexhaft gefordert, deren Macht zu beschränken, so Daniel Zimmer, Vorsitzender der Monopolkommission. In einem Sondergutachten zur digitalen Wirtschaft bezweifelt die Monopolkommission aber, dass neue Vorschriften sinnvoll sind.

Sie empfiehlt der Politik vielmehr, eine andere Sichtweise einzunehmen: Anstatt die digitalen Anbieter in das System der bestehenden Regulierungen einzuordnen, sei der umgekehrte Weg erfolgreicher. Die Monopolkommission rät dazu, die etablierten Unternehmen von Regulierung zu befreien. Damit würden sich für die Unternehmen, die das Aufkommen der digitalen Wirtschaft fürchten, die Chancen im Wettbewerb erhöhen.

Die Monopolkommission untermauert ihre Position mit Beispielen. Das Taxigewerbe, dem der US-Konzern Uber Kunden abspenstig machen will, könne von Vorschriften befreit werden. Dazu zählt der Vorsitzende etwa die bestehende Pflicht für Taxifahrer, eine lange Liste mit Straßennamen auswendig zu lernen. Die

se Auflage sei mit den Navigationssystemen entbehrlich. Zimmer regte zudem an, die bestehende Höchstzahl von Taxikonzessionen abzuschaffen. Es stelle sich die Frage, wer mit solchen Vorschriften geschützt werden soll, meinte Zimmer. Die Monopolkommission schlug vor, die Begrenzung von Werbung im öffentlichen und privaten Fernsehen aufzuheben, denn im Internetfernsehen seien diese Beschränkungen bereits aufgehoben.

Sigmar Gabriel will, dass Google entflochten wird

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD), der das Gutachten in Auftrag gegeben hat, will diesem Rat aber nicht folgen. Die Regulierung diene dem Verbraucherschutz. So müsse der Fahrgast bei der Nutzung eines Taxis die Gewähr haben, dass der Fahrer die Eignung mitbringe und der Wagen sicher sei. Gabriel lehnte es zugleich ab, am Beispiel des Taxigewerbes wichtige Zukunftsfragen zu diskutieren. „Es geht um die zentrale Frage, ob wir in der Industriegesellschaft noch Herr der eigenen Innovationen sind“, sagte Gabriel. Die Erfahrungen des Taxigewerbes seien eher ein Randphänomen.

Gabriel hält es für geboten, gegen die US-Internetkonzerne mit dem europäischen Wettbewerbsrecht vorzugehen. Die Strategie der Internetriesen sei eindeutig: Sie wollten die gesamte Wertschöpfungskette im Internet kontrollie-

ren, sagte der Minister. Es müsse darum gehen, die Märkte für Wettbewerber offenzuhalten. Gabriel hatte 2014 für Aufsehen gesorgt, als er eine Entflechtung des Internetriesen Google ins Gespräch brachte. Davon hält die Monopolkommission nichts. Eine Entflechtung sei nicht notwendig, sagte Zimmer.

Er begründete das damit, dass die Internetgiganten Vorteile für die Verbraucher mit sich brächten. „Häufig führt eine starke Marktstellung nicht zu Nachteilen für die Verbraucher“, so Zimmer. So böten soziale Netzwerke und Suchmaschinen ihre Leistungen kostenlos an. Das sei für die Verbraucher vorteilhaft. Wenn die Politik in diesen Bereichen interveniere, bestehe die Gefahr, dass die Konsumenten Steine statt Brot bekämen, meinte Zimmer.

Gleichwohl spricht sich auch die Monopolkommission für Änderungen bei der Fusionskontrolle aus. Damit soll erreicht werden, dass das Kartellrecht die Besonderheiten der digitalen Wirtschaft berücksichtigt. Den Kartellbehörden sollten mehr Möglichkeiten gegeben werden, um geplante Zusammenschlüsse von Internetunternehmen zu prüfen. Bisher hängt es vor allem von den Umsatzgrößen ab, ob der Fall den Kartellbehörden vorgelegt werden muss. Es zeige sich aber, dass auch von Unternehmen, die in der Vergangenheit keine hohen Umsätze erzielten, eine große wirtschaftliche Bedeutung ausgehen kann.

Türken kaufen sich bei Borsi in Schutterwald ein

Einer der Gesellschafter geht

VON UNSEREM MITARBEITER
PHILIPP PETERS

SCHUTTERWALD. Beim Kunststofftechniker Borsi aus Schutterwald gibt es eine Zäsur. Der langjährige geschäftsführende Gesellschafter Florian Kall hat das Unternehmen verlassen und seine Anteile verkauft. Neuer Gesellschafter ist eine türkische Unternehmensgruppe.

Die Familie Kall hat Borsi über Jahrzehnte geprägt. Klaus Kall wurde 1972 Geschäftsführer, sein Sohn Florian trat 1993 in die Firma ein. Seit 2006 war er geschäftsführender Gesellschafter. Zuletzt gehörten ihm 50 Prozent der Firma, die andere Hälfte gehörte Peter G. Breer. Dieser ist auch weiterhin geschäftsführender Gesellschafter des Unternehmens und hat seinen Anteil erhöht. Zweiter Geschäftsführer ist jetzt Steffen Krimmer.

Als Minderheitsgesellschafter ist zum Jahresanfang die türkische Firma Say eingestiegen. Say hat vor gut einem Jahr die Borsi-Tochter IMM Network zu 100 Prozent übernommen. Bei Borsi steigen die Türken mit einem deutlich kleineren Anteil ein. Breer hält die Mehrheit an der Firma, die mit 160 Mitarbeitern einen Umsatz von 15 Millionen Euro erwirtschaftet.

Borsi war lange Zeit Spezialist für Werbedisplays und beleuchtete Reklameschilder, etwa für Autohäuser und Gaststätten. „In den letzten Jahren hat sich der Schwerpunkt gedreht“, verrät Breer. Heute seien 80 Prozent des Geschäftsauftrags für die Automobilindustrie. Borsi stellt technische Teile her, etwa Türverkleidungen für den Innenraum. Das Geschäft mit Leuchtreklamen mache noch etwa 20 Prozent des Umsatzes aus.

Die Firma IMM Network war einst als Joint Venture von Borsi und Dambach gegründet worden. 2005 zog Dambach sich zurück, drei Jahre später siedelte IMM von Ettlingen nach Schutterwald um. 2014 hat Say die Firma übernommen, die heute etwa 30 Mitarbeiter beschäftigt. Breer ist auch hier Geschäftsführer. Die Say-Gruppe sitzt in Izmir, der mit gut vier Millionen Einwohnern drittgrößten Stadt der Türkei, und beschäftigt eigenen Angaben zufolge etwa 300 Mitarbeiter.

Festgeld 10.000 Euro Anlagebetrag

Anbieter-Auswahl	Zinsen in %	Ertrag*
VTB Direktbank ¹	1,40	140,00
NIBC Direct ¹	1,30	130,00
MoneyYou ¹	1,25	125,00
Renault Bank direkt ¹	1,25	125,00
Crédit Agricole ¹	1,20	120,00
Amsterdam-Trade-Bank ¹	1,10	110,56
Ziraat-Bank	1,10	110,00
AKF Bank ¹	1,00	100,00
Grenke Bank	1,00	100,00
Garanti Bank Int. ¹	0,95	95,00
IKB Dt. Industriebank	0,80	80,00
Oyak Anker Bank	0,70	70,00
Debeka Bausparkasse	0,50	50,00
BB-Bank Freiburg	0,05	5,00
Schlechtester Anbieter	0,01	1,00

*in Euro nach einer Laufzeit von 12 Monaten.

¹) Einlagensicherung 100.000 Euro/ Person.

Trend beim Festgeld: leicht fallend

tagesaktuell unter:
www.biallo.de/geldanlagevergleich

Fax-Abruf (je 3 Seiten)

Thema: Fax-Abruf-Nr. 09001 /

Annuitätendarlehen 74 98 80 80 22

Baugeld m. Tilgungsaussetzung 74 98 80 81 22

Ratenkredite 74 98 80 82 22

Tagesgeld 74 98 80 83 22

Sparbriefe 74 98 80 84 22

Festgeldanlage 74 98 80 85 22

1 Minute = 1,24 Euro

Kein Fax? Dann senden Sie einen mit 0,90 Euro

frankierten Rückumschlag plus 2,55 Euro in

Briefmarken pro Liste an:

Versandservice, Lerchenstr. 8 86938 Schondorf

Angaben ohne Gewähr

Stand: 04.05.2015

Quelle: biallo.de